

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 34. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. April 2007, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe I	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/852 (überwiesen am 29. Juni 2006) hierzu: Umdrucke 16/1683, 16/1867, 16/1868, 16/1894, 16/1899, 16/1911, 16/1912, 16/1913, 16/1914, 16/1946	
2. Möglichkeit der Beurlaubung gemäß § 15 Schulgesetz	6
(auf Antrag von Abg. Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])	
3. Bericht des Wissenschaftsministers über die Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein	7
hierzu: Beratende Äußerung des Landesrechnungshofs gem. § 88 Abs. 3 LHO vertraulicher Umdruck 16/1933	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung und Ausführung zum Staatsvertrag über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS-Gesetz - ZVS ZuAG -)	11
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1212 (überwiesen am 22. Februar 2007) Umdrucke 16/1923, 16/1924, 16/1930, 16/1952	
5. Bericht des Wissenschaftsministers über den Stand des Bachelor- und Masterstudiums in der Lehrerausbildung	12

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 6. | Bericht des Wissenschaftsministers über die zweite Säule des Hochschulpaktes (Forschungsförderung) | 13 |
| | Umdruck 16/1961 | |
| 7. | Baltic Sea International Campus | 14 |
| | Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/1871 | |
| 8. | Terminplanung für das zweite Halbjahr 2007 | 16 |
| 9. | Verschiedenes | 17 |

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe I

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/852

(überwiesen am 29. Juni 2006)

hierzu: Umdrucke 16/1683, 16/1867, 16/1868, 16/1894, 16/1899, 16/1911,
16/1912, 16/1913, 16/1914, 16/1946

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/852 zurück, bis die Kontingentstuentafel vorliegt, in die das Fach Wirtschaft/Politik ab dem Schuljahr 2008/2009 als Teil des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes in der Sekundarstufe I integriert werden soll.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Möglichkeit der Beurlaubung gemäß § 15 Schulgesetz

(auf Antrag von Abg. Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf Fragen von Abg. Birk teilt M Erdsiek-Rave mit, landesweit seien etwa 50 Anträge auf Beurlaubung vom Schulbesuch gestellt worden; häufig handele es sich um Kinder, die zu früh geboren worden seien. Den Schulämtern sei aufgetragen worden, im Zweifel zum Wohle des Kindes zu entscheiden und hierbei natürlich auch die ärztlichen Gutachten zu berücksichtigen. Als eine Richtschnur für das Handeln und die Genehmigungspraxis der Schulämter solle auch die Anregung des Petitionsausschusses herangezogen werden, bei Frühgeburten nicht das tatsächliche, sondern das vorausberechnete Geburtsdatum zugrunde zu legen.

Da Beurlaubungen vom Schulbesuch aus gesundheitlichen Gründen erfolgten, sei eine schulische Förderung in der Zeit der Beurlaubung nicht möglich. Wenn sich ein Kind den Anforderungen der Schule nicht gewachsen zeige, könne sich auch die Notwendigkeit einer sonderpädagogischen Förderung ergeben.

Abg. Birk betont die Notwendigkeit, dass aus gesundheitlichen Gründen vom Schulbesuch beurlaubte Kinder in Kindergärten oder anderen geeigneten Maßnahmen gefördert würden.

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk stellt M Erdsiek-Rave klar, künftig müssten alle gesunden Kinder unabhängig von der Beurteilung ihrer Schulreife eingeschult werden. Es sei Aufgabe der flexiblen Eingangsphase der Grundschule, den unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder gerecht zu werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministers über die Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

hierzu: Beratende Äußerung des Landesrechnungshofs gem. § 88 Abs. 3 LHO
vertraulicher Umdruck 16/1933

M Austermann führt aus, der Verlust des UK S-H 2005 betrage 20,3 Millionen €, der Verlust im Jahr 2006 15,1 Millionen €, der Verlust kumuliere sich bis Ende 2006 auf rund 70 Millionen €. Das Eigenkapital sei aufgezehrt; die Liquidität werde durch Kredit bei der HSH Nordbank über 35 Millionen € sichergestellt. Der Investitionsstau liege nach dem baulichen Masterplan des Vorstandes bei 325 Millionen €.

Daher müssten kurzfristig folgende Ziele verfolgt werden: Abbau des Investitionsstaus, spätestens bis 2010 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis, Ausgleich des über die Jahre aufgelaufenen Bilanzverlustes in einem überschaubaren Zeitraum sowie Stärkung von Management- und Entscheidungsstrukturen und -kompetenzen.

Daneben seien auch gesundheitspolitische und gesundheitsstrukturpolitische Ziele sowie das wissenschaftspolitische Ziel Stärkung der medizinischen Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein zu berücksichtigen.

Diese Ziele wolle man durch Zuziehung privaten Kapitals und eine andere Rechtsform erreichen. Das Wissenschaftsministerium verfolge ein Teilhabermodell, bei dem ein Privater mit Anteilen von 49 % am UK S-H beteiligt werde und 51 % nach wie vor in Händen des Landes blieben. Die Federführung für die Krankenversorgung solle bei dem privaten Betreiber, Forschung und Lehre sollten zu 100 % beim Land beziehungsweise den Forschungseinrichtungen der beiden Universitäten liegen. Die Leitung des nach dem neuen Hochschulgesetz geschaffenen Medizinausschusses werde in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Nachdem der Vorschlag des Wissenschaftsministeriums für das Teilhabermodell im Kabinett keine spontane Zustimmung erfahren habe, habe ein Kabinettsausschuss unter Federführung des Finanzministers verschiedene Varianten erörtert. Die Gesundheitsministerin favorisiere das Kooperationsmodell, das im Wesentlichen die Umwandlung des UK S-H in eine GmbH bedeute.

Das Kabinett werde über das weitere Vorgehen entscheiden. Er - Minister Austermann - vertrete mit Nachdruck das Teilhabermodell, bei dem das UK S-H als Ganzes erhalten bleibe und nach Umwandlung in eine GmbH eine Minderheitsbeteiligung von bis zu 49 % an einen Privaten veräußert werde. Im Bereich Forschung und Lehre werde das Land das Letztentscheidungsrecht behalten.

Bei dem Kooperationsmodell, mit dem das UK S-H in eine GmbH umgewandelt werde, würden alleiniger oder wesentlicher Teilhaber das Land sein und mit verschiedenen Partnern Kooperationsverträge abgeschlossen sowohl im medizinischen wie auch im nichtmedizinischen Bereich. Auch Ausgliederungen einzelner Bereiche seien möglich, wie es bei der ZIP gGmbH geschehen sei. Der Schwachpunkt dieses Modells bestehe darin, dass zum Abbau des Investitionsstaus nicht sofort frisches Geld zur Verfügung stehe, um die Probleme innerhalb relativ kurzer Zeit zu lösen. Darüber hinaus sollten verschiedene Bereiche zentralisiert, spezielle Leistungen ausgebaut und ausländische Märkte erschlossen werden. - Diese Erwartungen stünden seit langer Zeit im Raum; für ihre Realisierung bestehe nach dem bisherigen Vorgehen allerdings eine relativ bescheidene Wahrscheinlichkeit.

Die wirtschaftliche Situation des UK S-H zwingt zu unmittelbarem Handeln. Wenn man zu einer Entscheidung im Sinne des Wissenschaftsministers gekommen wäre, wäre man sehr schnell in der Lage gewesen, einen privaten Beteiligten mit Managementenerfahrungen im Krankenhausbereich einzubeziehen. Da das nicht der Fall sei, habe man mit dazu beigetragen, dass sich der Vorstand entschlossen habe, einen Sanierer einzusetzen, der aus der bestehenden Struktur heraus weitere wirtschaftliche Reserven heben und die notwendige wirtschaftliche Konsolidierung des UK S-H vorantreiben solle.

Dies sei ein schwerwiegender Eingriff, von dem man erwarte, dass er in absehbarer Zeit zu einer positiven Entwicklung führe.

Auch der Landesrechnungshof unterstütze die Einsetzung eines Sanierers. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Damp Holding AG, Herr Carl Hermann Schleifer, werde seine Beratungstätigkeit am 1. Juni 2007 aufnehmen. Der Vertrag laufe zunächst ein Jahr und sei erfolgsorientiert.

Das Kabinett werde sich in nächster Zeit erneut mit der Zukunft des UK S-H befassen und über die zu verfolgende Modellvariante - Teilhabermodell oder Kooperationsmodell - entscheiden.

Der Minister äußert sich noch einmal überzeugt davon, dass das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein nur mithilfe privaten Kapitals in wirtschaftlich besseres Fahrwasser gelangen könne. Zurzeit gebe es noch aufseiten der privaten Krankenhauswirtschaft eine große Nachfrage nach Universitätskliniken.

Die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet zeigten, dass es gelingen könne, verstärkt kaufmännische Aspekte in den Krankenhausbetrieb zu bringen. Auch um die Kosten der Krankenversorgung auf der einen sowie die Kosten für Forschung und Lehre auf der anderen Seite klar voneinander zu trennen, mache es Sinn, dass ein Privater die Federführung für die Krankenversorgung habe. Der Wissenschaftsrat habe sich mit dem Thema im Zusammenhang mit dem Klinikum Gießen-Marburg befasst und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass dort die Kostentrennung gelungen sei und sich mit den Vorstellungen des Wissenschaftsrates vereinbaren lasse.

Abschließend äußert sich der Minister zuversichtlich, dass man mit der Kompromisslösung eines Teilhabermodells möglichst bald zu einer wettbewerbsfähigen und wirtschaftlich besseren Situation komme.

Abg. Dr. Klug erkundigt sich, welche Möglichkeiten der Vertragsauflösung mit Herrn Schleifer vorgesehen seien und ob die Landesregierung auch dem Gedanken des Integrationsmodells nähergetreten sei.

M Austermann erwidert, den Sanierer brauche man in jedem Fall für ein Jahr. Das Integrationsmodell lehne er insbesondere vor dem Hintergrund der beabsichtigten Beteiligung Privater ab.

Abg. Birk bittet darum, dem Bildungsausschuss die Stellungnahme des UK S-H-Vorstandes zum Landesrechnungshofbericht sowie nähere Informationen zu der vom Minister angesprochenen Kostentrennung zuzuleiten. Außerdem würdigt sie die bisherigen Anstrengungen des Klinikums zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Abg. Spoorendonk fragt nach den Aktivitäten der Landesregierung auf Bundesebene zur Änderung der Fallpauschalen.

M Austermann legt dar, der Landesrechnungshof komme zu dem Ergebnis, dass die Fusion nicht das gehalten habe, was sie versprochen habe. Es seien kostensenkende und kostentreibende Maßnahmen durchgeführt worden. So seien heute im Klinikum und in den sonstigen Gesellschaften 330 Personen mehr beschäftigt als vor der Fusion. Das Defizit im Jahr 2006

liege unter Einbeziehung der VBL bei 17,7 Millionen € und habe sich damit gegenüber dem Jahr 2002 weiter erhöht. Wenngleich sich das UK S-H bemühe und viel Positives erreicht habe, weise das UK S-H eine stabile schlechte wirtschaftliche Situation auf, wie auch die beratende Äußerung des Landesrechnungshofs belege. Es gebe die Perspektive, dass es ab dem Jahr 2009 zu einer neuen Fallpauschalenregelung komme.

Abg. Birk möchte wissen, was die Beratung durch Deloitte & Touche das Land alles in allem gekostet habe und was der Einsatz des Sanierers koste.

M Austermann teilt mit, der Hauptvertrag mit der Unternehmensberatung habe bekanntlich ein Volumen von 250.000 € umfasst; die Kosten für die Nacharbeiten seien noch nicht abgerechnet. Der noch nicht zu Ende verhandelte Vertrag mit dem Sanierer sehe eine Grundvergütung und eine erfolgsabhängige Vergütung vor.

Der Ausschuss kommt überein, die Diskussion in der nächsten Sitzung, am 28. Juni 2007, unter Beteiligung des Landesrechnungshofs und seiner beratenden Äußerung (vertraulicher Umdruck 16/1933) fortzusetzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung und Ausführung zum Staatsvertrag über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS-Gesetz - ZVS ZuAG -)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1212

(überwiesen am 22. Februar 2007)

Umdrucke 16/1923, 16/1924, 16/1930, 16/1952

Einstimmig werden der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Änderungsantrag Umdruck 16/1952 und der so veränderte Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1212 angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsminists über den Stand des Bachelor- und Masterstudiums in der Lehrerausbildung

M Austermann trägt vor, die Realschullehrerausbildung werde in Flensburg konzentriert; ab dem Wintersemester 2007/08 sollten in Kiel keine Studierenden mehr aufgenommen werden.

An der Universität Flensburg sei bereits zum Wintersemester 2005/06 der dreijährige polyvalente Bachelor Vermittlungswissenschaft eingeführt worden. Daran schließe sich ein einjähriger Masterstudiengang für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen an. Der Vorbereitungsdienst solle von zwei auf 1,5 Jahre verkürzt werden, sodass die Gesamtausbildungszeit wie bisher 5,5 Jahre betrage (3,5 Jahre Studium, 2 Jahre Vorbereitungsdienst).

Schleswig-Holstein setze sich bei der Kultusministerkonferenz für ein 240 ECTS-Modell ein (180 ECTS-Punkte für den dreijährigen Bachelor und 60 Punkte für den einjährigen Master). Eine endgültige Entscheidung über die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in der Lehramtsausbildung solle bei der Sitzung der KMK am 14. Juni 2007 getroffen werden.

Das Hamburger Modell, den Vorbereitungsdienst mit 60 ECTS-Punkten in die Masterausbildung einzubeziehen, werfe eine Fülle von rechtlichen Fragen auf und werde von der Landesregierung abgelehnt. Das Modell eines vierjährigen Bachelor mit einem eineinhalbjährigen Vorbereitungsdienst ohne Masterstudiengang lehne die Bildungsministerin ab.

Auf eine Frage von Abg. Birk erwidert der Minister, die Lehrkapazität der Universitäten werde durch eine Erhöhung des Stundendeputats von acht auf neun Stunden gesteigert.

Abg. Birk bittet darum, dem Bildungsausschuss die genauen Zahlen zum Stellentransfer zur Verlagerung der Realschullehrerausbildung von Kiel nach Flensburg zuzuleiten. Bei der Neuordnung der Lehrerausbildung vermisst sie Veränderungen infolge der Schulgesetzänderungen.

Der Bildungsausschuss wird sich mit der Thematik in seiner Sitzung am 28. Juni im Zusammenhang mit der Berichterstattung der Landesregierung über die Ergebnisse der Kultusministerkonferenz weiter befassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministers über die zweite Säule des Hochschulpaktes (Forschungsförderung)

Umdruck 16/1961

M Austermann berichtet über die zweite Säule des Hochschulpaktes (Forschungsförderung), Umdruck 16/1961.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Baltic Sea International Campus

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/1871

M Austermann führt aus, die Liegenschaft in Eckernförde werde ab 1. Oktober 2007 für zunächst fünf Jahre der Universität Flensburg zur Durchführung wissenschaftlicher Weiterbildung zugewiesen. In der Übergangszeit werde im Einvernehmen mit der Fachhochschule Kiel eine Nutzung analog zu den vom Fachbereich Bauwesen freigemachten Flächen Zug um Zug ermöglicht.

Der Baltic Sea International Campus werde als GmbH gegründet, die international ausgerichtete Maßnahmen und Programme wissenschaftlicher Weiterbildung sowie Masterstudiengänge der Universität Flensburg und anderer schleswig-holsteinischer Hochschulen durchführe. Das Angebot könne ergänzt werden durch Weiterbildungsangebote in Kooperation mit Hochschulen außerhalb Schleswig-Holsteins. Es richte sich insbesondere an deutsche und chinesische Nachwuchs- und Führungskräfte, die - entsprechend den Anforderungen des Hochschulgesetzes für wissenschaftliche Weiterbildung - die für eine Teilnahme erforderliche Eignung im Beruf oder auf andere Weise erworben hätten.

Gesellschafter seien insbesondere die Universität Flensburg und eine Interessentengruppe unter Einschluss chinesischer Interessenten. Der Investor Herr Hong Du bringe eine Summe von 2 Millionen € in die GmbH ein; das Land sei mit 9.000 € beteiligt; darüber hinaus gehe das Land keine zusätzlichen Risiken ein, außer dass Gebäude zur Verfügung gestellt würden.

In finanzieller Hinsicht sei weiterhin bedeutsam, dass die BSIC GmbH die Kosten für Personal- und Sachmittel und die laufenden Ausgaben für die Bewirtschaftung trage. Im Falle einer eventuellen Insolvenz der GmbH greife eine entsprechende Bankbürgschaft; eine Belastung des Landeshaushalts sei nicht zu befürchten.

Verschiedene Untersuchungen zeigten, dass gegenwärtig gut 10 % der Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Deutschland wissenschaftliche Weiterbildungsangebote an den Hochschulen wahrnahmen. 90 % der Weiterbildungsaktivitäten von Akademikerinnen und Akademikern fänden in Deutschland nicht an Hochschulen statt. Demgegenüber werde in anderen Ländern Weiterbildung der Hochschulen in weit größerem Umfang genutzt, in Finn-

land 28 %, in Österreich 25 %. Im internationalen Zusammenhang bestehe ein erheblicher Bedarf nach wissenschaftlicher Weiterbildung.

Für die Hochschulen komme es jetzt darauf an, attraktive Angebote zu entwickeln, die aufgrund ihres hohen Niveaus internationale Nachfrage generierten. Die Voraussetzungen hierfür - wie Etablierung des Bologna-Prozesses, Entwicklung kostengünstiger Angebote am Standort Eckernförde und neue Vermarktungschancen - seien günstig.

Abschließend macht der Minister darauf aufmerksam, dass es in China eine enorme Nachfrage nach Weiterbildung und wirtschaftlicher Kompetenz gebe.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2007

Als Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2007 legt der Bildungsausschuss fest:

- 30. August 2007 (14 Uhr)

- 20. September 2007 (16 Uhr)

- 1. November 2007 (14 Uhr)

- 6. Dezember 2007 (14 Uhr).

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Am Mittwoch, dem 16. Mai 2007, 11:00 bis 15:30 Uhr wird eine gemeinsame Sitzung des Europa-, Bildungs- und Wirtschaftsausschusses zum Thema **Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland** stattfinden.
- b) Der Bildungsausschuss kommt überein, zu den Briefen zur **Schülerbeförderung** in der Sache keine Stellungnahme abzugeben, sondern die entsprechenden Schreiben an die Fraktionen weiterzuleiten.
- c) Abg. Birk bittet das Bildungsministerium, den Bildungsausschuss bis zur nächsten Sitzung über die Ergebnisse der Anhörung zur neuen **Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung** zu unterrichten.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:00 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer